



Betriebsratswahlen 2018: Vormarsch der Rechten?

**Diskussionsveranstaltung der
Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU)
FAU-Büro, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
Do. 22.03.2018 ab 19.30 Uhr**

Alle vier Jahre ist Wahlkampfzeit um Betriebsratsplätze, und 2018 ist es wieder soweit, denn in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai finden bundesweit die Betriebsratswahlen statt.

In rund 28.000 Betrieben mit mindestens fünf ständigen wahlberechtigten Arbeitnehmer*innen, sollen Betriebsräte gewählt werden.

Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) ist die Grundlage für die Arbeit der Betriebsräte (BR) und teilweise auch der Gewerkschaften in den Betrieben. Es legt die Position des Betriebsrates als Sprecher der Beschäftigten und seine Rechte und Pflichten fest. Den Beschäftigten wird damit aber so gut wie jede Entscheidungsbefugnis über ihre eigenen Belange genommen. Dafür ist der Betriebsrat fast unkündbar, so dass er seine Rechte und Pflichten ohne akute Gefahr für seinen Arbeitsplatz wahrnehmen kann. Er ist, wenn er Arbeiter*inneninteressen durchsetzen will, recht gut abgesichert.

Der BR hat verschiedene Rechte: das Informationsrecht, Mitwirkung und etwas Mitbestimmung im sozialen Bereich. So ist er beteiligt bei Fragen der Arbeitsabläufe, bei der Verteilung der Arbeitszeit, der Personalplanung und Richtlinien zur Auswahl von Personal, Zeiterfassung und Leistungskontrolle. Echte wirtschaftliche Mitbestimmung gibt es für Betriebsratsgremien nicht und Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber*in und Betriebsrat sind verboten.

Das Betriebsverfassungsgesetz hat seinen Zweck – die Befriedung betrieblicher Konflikte – meist sehr zuverlässig erfüllt. Staat und Unternehmer*innen lassen sich die Betriebsräte Jahr für Jahr Dutzende Millionen Euro für Freistellungen, Seminare und Betriebsmittel kosten.

Bei den letzten Betriebsratswahlen im Jahr 2014 lag die durchschnittliche betriebliche Wahlbeteiligung bei fast 80 Prozent. Mehr als 2/3 der Mandate entfielen auf Kandidat*innen aus DGB-Gewerkschaften. Zusätzlich gab es verschiedene unabhängige Listen und Kandidat*innen, und es beteiligten sich schon immer gelbe Gewerkschaften, wie die unternehmenshörigen oder von Unternehmen finanzierten

„Gewerkschaften“ bezeichnet werden, an den Betriebsratswahlen. Zu den Schlimmsten gehört die „Christliche Gewerkschaft Metall“ (CGM).

In diesem Jahr treten weitere Organisationen und Kandidat*innen bei den BR-Wahlen auf. Neben AfD-Mitgliedern, die auf CGM-Listen kandidieren, häufen sich Berichte über die rechtsextreme Liste „Zentrum Automobil“ bei Mercedes-Untertürkheim.

Diese besteht zwar bereits seit 2009 und holte 2014 vier Betriebsrats-Mandate, bekommt aber nun im Zuge des AfD-Wahlerfolgs, PEGIDA und der immer selbstbewusster auftretenden „Neuen Rechten“ Rückenwind und wird logistisch wie finanziell von diesen unterstützt.

Bislang beschränkt sich das „Zentrum Automobil“ auf die Automobil-Branche, im Gegensatz zu vergangenen BR-Wahlen weiten sie ihre Aktivitäten derzeit aber vom Mercedes-Werk Untertürkheim auf andere Automobil-Standorte aus.

Außer teils berechtigter Kritik an bestehendem Co-Management der IGM, bleiben ihre gewerkschaftlichen Forderungen diffus. Ähnlich der AfD stilisieren sie sich zum Opfer „linker Vorherrschaft“, gepaart mit völkischer Ideologie.

Ob ihr Plan, rechte Politik auf die Betriebsebene auszuweiten, erfolgreich sein wird, oder ob sich die neoliberale AfD ein Arbeitnehmer*innenfreundliches Profil verleihen möchte – wer also letztlich von wem profitiert – ist schwer einzuschätzen. Sicher ist jedoch, dass die AfD bei der Bundestagswahl 2017 unter Arbeiter*innen mehr als 21 Prozent der Wahlstimmen geholt hat, deutlich über ihrem Gesamtergebnis von 12,6 Prozent. Auch unter DGB-Mitgliedern konnte die AfD mit 15 Prozent überdurchschnittlich abschneiden, in den ostdeutschen Bundesländern sogar mit 22 Prozent.

Dieses Wähler*innenpotential und der damit einhergehende Rassismus könnte sich im Zuge der Umstellung auf Elektromobilität und der Industrie 4.0 erheblich ausweiten, solange sich keine gewerkschaftlichen Gegenstrategien entwickeln und kein Umgang mit rechten Kolleg*innen gefunden wird.